



Gemeinderat

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 20. November 2008
im Sitzungssaale des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:30 Uhr

Anwesende:

Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf
2. Bgmstv. Herbert Mayer
StR Mag. Manfred Jenewein
StR Hubert Niederbacher
StR Konrad Bock
GR Eva Lungler
GR Richard Reinalter (bis 19:10 Uhr)
GR Stefan Oberdorfer
GR Simone Luchetta
GR Markus Gerstgrasser
GR DI Andreas Pfenniger
GR Franz Huber
GR Hansjörg Unterhuber
GR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler
GR Mag. Kurt Leitl
GR Ing. Roland König
GR-Ers. Günter Stürz
GR-Ers. Mathias Niederbacher

Abwesend und
entschuldigt:

StR Ing. Bernhard Wolf
GR Norbert Lettenbichler

Weiters an-
wesend:

Mag. Elisabeth Reich

Schriftführerin:

Sonja Streng

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Anträge des Stadtrates
Dienstbarkeitsvertrag Neue Heimat – Spielplatznutzung Lötzweg;
Dienstbarkeitsbestellungsvertrag Alpenländische Heimstätte – Vertragsänderung
3. Antrag des Bau- und Wasserausschusses
Verpachtung Holzlagerplatz
4. Antrag des Planungs- und Verkehrsausschusses
Örtliche Raumordnung – Bebauungsplan Polytechnische Schule
5. Anträge, Anfragen und Allfälliges
6. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlussfähigkeit fest und geht sodann auf die Erledigung der Tagesordnung über.

Pkt. 1) der TO.: Niederschrift

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Gemeinderates vom 25. September 2008 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: Anträge des Stadtrates

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Vorsitzende den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

a. Dienstbarkeitsvertrag Neue Heimat – Spielplatznutzung Lötzweg

Die Stadtgemeinde Landeck und die Neue Heimat Tirol haben vereinbart, dass der Spielplatz in der Wohnanlage Lötzweg Nr. 17-25 auch der Öffentlichkeit zur Verfügung steht und ein entsprechender Dienstbarkeitsvertrag abgeschlossen wird.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 11. November 2008 mit beigefügtem Dienstbarkeitsvertrag befasst und beantragt, der Gemeinderat möge diesem zustimmen. Der Dienstbarkeitsvertrag wird diesem Protokoll als Bestandteil beigeschlossen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Inhalt des vorliegenden Dienstbarkeitsvertrags einstimmig einverstanden.

b. Dienstbarkeitsbestellungsvertrag Alpenländische Heimstätte – Vertragsänderung

Die Stadtgemeinde Landeck und die Alpenländische Heimstätte haben am 15.02.2007 einen Vorvertrag zum Abschluss eines Dienstbarkeitsvertrages abgeschlossen. In diesem Vertrag wurde vereinbart, dass die Alpenländische Heimstätte eine Fläche im Ausmaß von ca. 36m² an die Stadtgemeinde Landeck abtritt. Die abtretungsgegenständliche Fläche wurde im Nutzwertgutachten, welches allen Käufern als integrierender Vertragsbestandteil übergeben worden ist, als „Allgemeinfläche“ ausgewiesen.

Der ursprüngliche Wille der Stadtgemeinde Landeck das Verfügungsrecht ausschließlich einzuräumen, könnte durch die Einräumung des ausschließlichen Nutzungsrechtes – mit Einschränkung des Unterbauungsrechts mit Lüftungsschächten und das Überbauungsrecht hinsichtlich der Balkone und für Gebäudeteile ab dem zweiten Obergeschoß – vertraglich abgesichert werden.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 11. November 2008 damit befasst und beantragt, der Gemeinderat möge dieser Vertragsänderung zustimmen. Der Dienstbarkeitsbestellungsvertrag wird dem Protokoll als Bestandteil beigegeben.

Der Vorsitzende bringt dem Gemeinderat die wichtigsten Eckdaten der Vertragsänderung zur Kenntnis.

GR Ing. Roland König erkundigt sich nach der Haftungsfrage, insbesondere dann, wenn am Gehsteig irgendetwas passieren sollte.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadtgemeinde Landeck im Rahmen ihrer gesetzlichen Wegerhaltungspflicht handeln müsse, ansonsten übernehme die Stadtgemeinde Landeck keine Haftung. Ausdrücklich festhalten wird im Vertrag jedoch, dass der Winterdienst von der Alpenländischen Heimstätte zu besorgen ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit der Vertragsänderung hinsichtlich der Dienstbarkeits-einräumung an die Alpenländischen Heimstätte einstimmig einverstanden.

Pkt. 3) der TO.: Antrag des Bau- und Wasserausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, 2. Bgmstv. Herbert Mayer, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag:

Überlassung eines Holzablageplatzes an Bruno und Andreas Marth

Bruno und Andreas Marth haben bei der Stadtgemeinde Landeck um die Überlassung eines Holzablageplatzes auf der stadteigenen Gp. 1349/1 (Verbindungsweg Kirchen-straße-Römerstraße) angesucht. Der gewünschte Standort liegt neben der asphaltierten Fahrbahn auf dem Grünstreifen zwischen dem Fahrbahnrand und dem Nachbargrundstück.

Der Bau- und Wasserausschuss beantragt die Überlassung des Holzablageplatzes an die Antragsteller zu folgenden Bedingungen:

Der Holzlagerplatz wird auf max. 10 m² begrenzt. Die Lagerhöhe darf 2 m nicht überschreiten.

Das Straßen- und Ortsbild darf durch die Holzablagerung nicht negativ beeinträchtigt werden. Anstelle der Planenabdeckung ist eine Holzabdeckung vorzusehen.

Die Genehmigung gilt auf jederzeitigen Widerruf.

Für die Grundbenützung ist ein jährlicher Anerkennungs-zins in Höhe von Euro 28,80 (wert-gesichert) an die Stadtgemeinde Landeck zu entrichten.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit vorliegendem Antrag des Bau- und Wasserausschusses einstimmig einverstanden.

Pkt. 4) der TO.: Antrag des Planungs- und Verkehrsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann-Stellvertreter des Planungs- und Verkehrsausschusses, GR DI Andreas Pfenniger, das Wort und verliest nachstehenden Antrag:

Allgemeinen und Ergänzenden Bebauungsplanes „A62/E1-Ä1 BRUGGEN 5 – Polytechnische Schule“ - Auflage/Beschlussfassung

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 15. Oktober 2008 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Entwurf über den Allgemeinen und Ergänzenden Bebauungsplanes „A62/E1-Ä1 BRUGGEN 5 – Polyt. Schule“ (gemäß §56 Abs. 3 TROG 2006), betreffend der Grundstücke 1267/34, .1223 und .1224 gemäß §65 ff TROG 2006, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahmen einlangen – zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in dem die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Beschluss:

Damit erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 5) der TO.: Anträge, Anfragen und Allfälliges

- a. Der Vorsitzende verweist auf eines der momentanen Hauptthemen in den Medien, nämlich die Einsparungsmaßnahmen der Post AG und teilt mit, dass Gerüchten zufolge auch das Postamt Öd von einer möglichen Schließung betroffen sein könnte und habe er sich erlaubt, eine Resolution mit folgendem Wortlaut vorzubereiten:

Eine flächendeckende Versorgung mit Post-Dienstleistungen ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Lebensqualität und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Aus den Medien ist jedoch zu entnehmen, dass die Österreichische Post AG plant, weitere Postämter in Österreich zu schließen. Es ist derzeit nicht ermittelbar, um welche Postämter bzw. Poststellen es sich dabei handelt.

In erster Linie scheinen von den künftigen Schließungen die sogenannten „Ein Mann/Frau Poststellen“ betroffen zu sein. Es ist daher zu befürchten, dass auch die Poststelle Öd ein Opfer der Schließungswelle werden könnte. Diese Poststelle befindet sich im bevölkerungsreichsten Stadtteil der Stadtgemeinde Landeck – mit rund 2.800 EinwohnerInnen – und stellt ein unverzichtbares Service, sowohl für die Bevölkerung als auch für die auf der Öd angesiedelten Betrieben dar. Nach der Schließung der Poststelle im Stadtteil Perjen würde, wenn auch die Poststelle im Stadtteil Öd geschlossen wird, nur mehr das Postamt im Stadtzentrum verbleiben. Für eine Stadt mit über 8.000 EinwohnerInnen ist eine solche Situation nicht tragbar.

Der Gemeinderat der Stadt Landeck fordert daher die Österreichische Post AG auf, bekannt zu geben, welche Poststellen geschlossen werden sollen, und spricht sich vehement gegen jegliche Überlegungen der Schließung bei der Poststelle Landeck/Öd aus.

Er berichtet weiter, dass auf Grund des gestern stattgefunden „Post-Gipfels“ im Finanzministerium die Pläne der Post vorerst für ein halbes Jahr gestoppt worden sind. Dennoch ist er der Meinung, dass es gut wäre, jetzt zu signalisieren, dass man mit einer Schließung nicht einverstanden ist.

1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf schließt sich der Meinung vom Vorsitzenden an und ist der Ansicht, dass es gut wäre, jetzt einen Beitrag zu leisten.

GR Ing. Roland König bemerkt, dass man ein solches Bestreben der Gemeinde nur unterstützen könne. Allerdings weist er darauf hin, dass es auf Grund der von der EU vorgegebenen Richtlinien zur Liberalisierung zu solchen Reaktionen und Handlungen komme. Man könne Post-Chef Anton Wais keine Vorwürfe machen, denn dieser müsse darauf schauen, dass die Post konkurrenzfähig bleibe. Es werde Aufgabe der Politik sein, die entsprechenden Rahmenbedingungen gegen den kolportierten Abbau von Poststellen zu schaffen. Er erklärt, dass – falls es zu einer Auflösung des Postamtes auf der Öd kommen werde – die Möglichkeit bestehe, die Dienstleistungen in einem Geschäft weiter anzubieten.

GR Stefan Oberdorfer sieht die Sache etwas differenzierter. Er ist der Meinung, dass es Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft seine müsse, eine gewisse Grundversorgung sicherzustellen. Dass Postzustellungen in der Peripherie nie ein Geschäft sein können, sei

auch klar. Traurig sei, dass die ländliche Bevölkerung in allen Belangen benachteiligt werde und nehme diese Entwicklung stetig zu. Die vorgebrachte Resolution sei auf alle Fälle zu unterstützen.

StR Konrad Bock teilt mit, dass er die Resolution selbstverständlich unterstütze. Er ist jedoch der Meinung, dass die politischen Grundlagen schon viel früher gestellt worden sind. Um konkurrenz- und wettbewerbsfähig bleiben zu können, müsse die Post AG derartige Maßnahmen treffen. Im Grunde sei jedes Unternehmen bestrebt, seine Mitarbeiter zu halten, aber wenn es der Wettbewerb verlange, müssen auch Entlassungen vorgenommen werden. Ihm stelle sich jetzt noch die Frage, an wen diese Resolution eigentlich gerichtet werde.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Resolution in erster Linie an die Österr. Post AG gerichtet sei und unter anderem dem zuständigen Bundesministerium, dem Städte- und Gemeindebund, dem Landeshauptmann und allen entsprechend involvierten Stellen und Personen zukommen werde.

StR Mag. Manfred Jenewein teilt grundsätzlich die Meinung von StR Konrad Bock. Allerdings ist er der Ansicht, dass die Vorgangsweise, die von der Post gewählt wurde, nicht richtig ist. Man hätte im Vorhinein mit den betroffenen Gemeinden in Kontakt treten können. Er bekräftigt, dass die Österr. Post AG schon der richtige Adressat für die Resolution ist.

Der Vorsitzende findet die Vorgangsweise der Post ebenfalls nicht richtig. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Schließung des Postamts Perjen und betont, dass diese Schließung auch heute noch „Nachwehen“ sowohl für die Bevölkerung als auch Auswirkungen auf die restliche Infrastruktur habe. Ähnliches sei auf der Öd zu erwarten. Es werde eine zunehmende Verkehrsbelastung auf die Stadt Landeck zukommen, wenn es dann nur noch ein Hauptpostamt gebe. Die Filiale auf der Öd habe derzeit 29.000 Kundenkontakte pro Jahr, die dann woanders stattfinden müssen.

GR Mag. Kurt Leitl meint, dass Politik auf dem Rücken der Angestellten ausgetragen werde. Diese Resolution ist auf jeden Fall zu unterstützen.

GR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler unterstützt ebenso diese Resolution.

StR Konrad Bock regt an, dass die Stadt der Post AG ein „Zuckerl“ anbieten könnte, indem sie sich eventuell an der Miete beteilige oder ähnliches, falls es zu Verhandlungen mit der Post komme.

2. Bgmstv. Herbert Mayer bemerkt, dass jeder einen Beitrag leisten sollte und er appelliert an alle, die Postdienste wieder vermehrt in Anspruch zu nehmen.

Der vorliegenden Resolution stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

- b. GR Mag. Kurt Leitl berichtet, dass durch den Neubau der Neuen Heimat in der Bruggfeldstraße ein erhöhter Fußgängerverkehr festzustellen sei. Gleichzeitig verleite die Bruggfeldstraße zum schnellen Fahren und ist der Meinung, dass dem entgegengewirkt werden sollte.

Er stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge dem Ankauf eines mobilen Geschwindigkeitmessgerätes zustimmen und sollte dieses Messgerät in der Bruggfeldstraße montiert werden. Er habe diesbezügliche Angebote eingeholt, wobei das teuerste Gerät inkl. Datenspeicher auf ca. Euro 4.000,-- kommen würde. Er vertritt die Ansicht, dass sich eine solche Investition zum Schutze der Fußgänger auf alle Fälle rentieren und auch zur Sensibilisierung der Autofahrer dienen würde.

Der Vorsitzende informiert, dass die Stadtpolizei immer wieder derartige Anlagen leihweise im Einsatz habe. Er werde veranlassen, dass Angebote eingeholt werden und vorgebrachtes Anliegen jedenfalls dem Stadtrat zur Entscheidung vorlegen.

- c. StR Konrad Bock erklärt, dass auf Grund des Neubaus der Wohnanlage am ehemaligen Enser-Grund eine prekäre Verkehrssituation in der Fischerstraße vorherrsche. Bei Gegenverkehr gebe es fast keine Möglichkeiten auszuweichen, da alles vollgeparkt sei – oft müsse sogar der Gehsteig zum Ausweichen benützt werden. Er fordert den Vorsitzenden auf, im entsprechenden Ausschuss Überlegungen anzustellen, um eine Lösung herbeizuführen.

GR Ing. Roland König fügt hinzu, dass eventuell eine mögliche Einbahnregelung ins Auge gefasst werden könnte.

Der Vorsitzende teilt mit, dass im zuständigen Planungs- und Verkehrsausschuss darüber beraten werde und unter Einbindung der Stadtpolizei eine geeignete Lösung getroffen werden müsse.

- d. 2. Bgmstv. Herbert Mayer erkundigt sich, ob es mit der Alpenländischen Heimstätte schon ein Gespräch bezüglich seines Ansinnens – Offenhalten der Tiefgarage in der City-Passage während der Nacht – gegeben habe.

Der Vorsitzende teilt mit, dass noch kein Gespräch stattgefunden habe, zumal er noch keinen Termin genannt bekommen habe. Morgen werde er wegen eines Termins urgieren und lädt er 2. Bgmstv. Herbert Mayer erneut ein, bei diesem Gespräch teilzunehmen.

- e. GR Ing. Roland König erkundigt sich, ob die Verschiebung der Gemeinderatssitzung im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe für den Stadtplatz stehe.

Der Vorsitzende bejaht dies, merkt jedoch an, dass bis dato noch kein eindeutiges Ergebnis vorliege.

- f. GR Ing. Roland König fragt an, ob es nicht möglich wäre, an einem zentralen Platz für Vereine eine Mitteilungs- bzw. Anschlagtafel zur Verfügung zu stellen. Er kenne bereits zwei Vereine, die Interesse hätten und würden sicher noch mehr Vereine dafür zu begeistern sein. Er regt an, dass sich der Bauausschuss mit dieser Frage beschäftigen sollte.

Der Vorsitzende antwortet mit Zustimmung des Obmannes des Bauausschusses, 2. Bgmstv. Herbert Mayer, dass diese Anregung auf die Tagesordnung der nächsten Bauausschusssitzung genommen wird.

- g. GR Ing. Roland König fragt an, ob die Umdrehung der Einbahnregelung in der Malsersstraße zum Zeitpunkt der Eröffnung der City-Passage stattfinden werde oder ob es zu einer Verschiebung komme.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es eine Verschiebung geben werde. Derzeit werden die Arbeiten für den neuen Busterminal nördlich des Reschenscheideck-Hauses durchgeführt.

- h. 1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf erinnert an seine Anfrage an 2. Bgmstv. Herbert Mayer bezüglich der Übernahme eines Ausschusses. Nunmehr wurde von StR Konrad Bock die Obmannschaft des Bau- und Wasserausschusses abgegeben und an 2. Bgmstv. Herbert Mayer übertragen. Er erklärt, dass er bei der Wahl dagegen gestimmt habe, dies aber nicht mit der Person des Herbert Mayer im Zusammenhang stehe. Er ist viel mehr mit der Vorgangsweise an sich nicht einverstanden und ist er der Meinung, dass sich an der Situation nichts geändert hat.

StR Konrad Bock kritisiert die Aussagen von 1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf und stellt fest, dass sich die ÖVP-Fraktion von der SPÖ-Fraktion nicht vorschreiben lasse, wer als Obmann in welchem Ausschuss tätig sein dürfe und verweist er dazu auf die Tiroler Gemeindeordnung. Jeder Ausschuss ist berechtigt, einen Ausschussobmann aus seinen Mitgliedern zu wählen.

2. Bgmstv. Herbert Mayer entgegnet, dass er sich nach seiner Wahl zum Bürgermeisterstellvertreter bereit erklärt habe, einen Ausschuss zu übernehmen. Allerdings konnte er nicht einfach jemandem den Ausschuss wegnehmen.

StR Konrad Bock weist noch einmal darauf hin, dass man den Fraktionen schon frei lassen müsse, wer seiner Mitglieder einen Ausschuss übernimmt bzw. wer nicht.

- i. GR Markus Gerstgrasser berichtet, dass heuer in der Vorweihnachtszeit auf Grund einer Unternehmer-Initiative im Ortsteil Perjen unter dem Motto „Perjen erleuchtet“ ein Wettbewerb ausgerufen werde. In diesem Zusammenhang bedankt er sich bei Bgm. Engelbert Stenico und bei Bauhofleiter Arthur Siess für deren Unterstützung. Er teilt weiters mit, dass morgen ab 19.00 Uhr das Auftaktfest stattfindet und lädt er dazu alle Mitglieder des Gemeinderates recht herzlich ein.
- j. GR Markus Gerstgrasser hält fest, dass es im Bereich des Fohrenburgparkplatzes in letzter Zeit des Öfteren zu Vandalismus und Randalen gekommen sei und häufen sich auch die Beschwerden der Anrainer in der äußeren Malsersstraße. Er fragt an, ob es nicht möglich wäre, dem irgendwie entgegenzuwirken, eventuell durch eine verstärkte Polizeipräsenz.

Der Vorsitzende erklärt, dass er wegen einer stärkeren Präsenz bei der Polizei vorsprechen könne, allerdings sei auch das Bezirkskommando Landeck speziell in der Nacht nicht mehr so besetzt. Wenn man von vornherein weiß, dass zB an einem Samstag

Shuttlebusse zum Einsatz kommen, werde es sicherlich Möglichkeiten für die Polizei geben, eine erhöhte Präsenz vorzuweisen.

2. Bgmstv. Herbert Mayer stellt fest, dass man nicht subjektiv sagen könne, die Polizei sei nicht präsent. Im Gegenteil – ihm sei schon des Öfteren die Polizei im Bereich des Autobusbahnhofs positiv aufgefallen.

GR Stefan Oberdorfer appelliert auch an die Bevölkerung bei Auffälligkeiten den Kontakt mit der Polizei herzustellen.

GR Markus Gerstgrasser ist grundsätzlich der Meinung, dass vermehrt die Eltern und die Lehrer in die Pflicht genommen werden müssen.

GR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler betont, dass es auch wichtig wäre, der Jugend eine gewisse Wertschätzung entgegenzubringen und müssen Überlegungen angestellt werden, ob man mit den Jugendlichen grundsätzlich anders umgehen müsse.

Der Vorsitzende sichert zu, in dieser Angelegenheit den Kontakt mit dem Polizeikommando Landeck zu suchen.

- k. GR Ing. Roland König erkundigt sich nach der momentanen Sachlage der Venet Seilbahn AG, nachdem der bisherige Betriebsleiter ausgeschieden ist.

Der Vorsitzende teilt mit, das der bisherige Betriebsleiter, Herr Walter Siegele, mit 31. Oktober 2008 aus dem Betrieb ausgeschieden ist. Mittels Ausschreibung habe man nach einem Nachfolger gesucht. Es sind 7 Bewerbungen eingelangt, mit 4 Personen wurde ein Hearing durchgeführt. Daraufhin kam man leider zu dem Ergebnis, dass keiner der 4 Personen geeignet erscheint. Mittlerweile konnte eine Zwischenlösung gefunden werden: DI Alois Loidl – ein Techniker, der bereits für andere Seilbahnen tätig war – hilft ein Jahr lang bei der Umsetzung der vorgesehenen Investitionen. Das heißt, DI Loidl ist für die kaufmännischen Belange zuständig, mit der technischen Leitung wurde der bisherige Betriebsleiter-Stellvertreter, Herr Peter Haag, betraut.

- l. GR DI Andreas Pfenniger teilt mit, dass es ab 1. Dezember zu einer einwöchigen Behinderung im Bereich des Kreisverkehrs bei der Fa. Harrer kommen werde, da die ÖBB am Zusammenbau der Brückenteile für die neue Eisenbahnbrücke arbeite. Aus diesem Grund werde die Umdrehung der Einbahnregelung in der Malserstraße auf die 50. Kalenderwoche (nach dem 8. Dezember) verschoben.

GR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler teilt mit, dass das Parkleitsystem und Teile des Fußgängerleitsystems dann gleichzeitig in Betrieb genommen werden.

StR Konrad Bock betont, dass es wichtig sei, was die Baustellen im Stadtbereich anbelange, mit großer Sensibilität vorzugehen, da das Weihnachtsgeschäft für die Kaufleute in der Malserstraße ein wichtiger Umsatzträger darstelle.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG